

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

8.2.1862 (No. 33)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. Februar.

N. 33.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 3 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Badischer Landtag.

- Karlsruhe, 7. Febr.** Vierte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildbrandt. Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Dr. Vogelmann, Ministerialrath Schmidt.
- Vom Sekretariat wird der Einlauf folgender Petitionen angezeigt:
- 1) Bitte verschiedener Bürger aus dem Landamte Freiburg, die Abänderung des Weidablosungs-Gesetzes betr.; übergeben durch den Abg. Kasperer.
  - 2) Bitte der Gemeinden Sulzburg, Laufen, Seefeld, Buggingen, Döttingen u. Heitersheim, die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Sulzburg und dem Weienthal betr.; übergeben durch den Abg. Heidenreich.
  - 3) Bitte der Gemeinden Biddigheim, Großschöpsheim, Kleinschöpsheim und Obereschelzen, um Uebernahme der Straßentrecke zwischen beiden Orten als Fortsetzung der sog. Schaffenzthal-Strasse; übergeben durch den Abg. Schaffner.
  - 4) Bitte des Martin Salendach, sog. Holzbauern, in Kappel, Amt Freiburg, Rückgabe von Militär-Einstandsgeld betr.; übergeben durch den Abg. Kasperer.
  - 5) Bitte von Einwohnern und Gemeindegliedern von Wollterdingen, Bruggen, Weilersbach, die Erbauung der Königsthal-Weidensee-Eisenbahn; übergeben durch den Abg. Kasperer.
  - 6) Bitte gleichen Betreffs von Weiler, Bezirksamt Bellingen; eingekommen beim Sekretariat.
  - 7) Bitte gleichen Betreffs von Schillingen; übergeben durch den Abg. Schwarzmann.
  - 8) Bitte der Gemeinden Denklingen, Buntgweiler und Waldbeuren, die Anlage einer neuen Straße von Pfalldorf in das Saalmerthal betreffend; eingereicht durch den Abg. Schwarzmann.
  - 9) Bitte des Gemeinderaths von Erbsweiler, die Abänderung des Gebührentarifs für Gemeindebeamte betreffend; übergeben durch den Abg. Schwarzmann.
  - 10) Bitte des Gemeinderaths und Bürgerausschusses von Nonnenweiler, Namens der Gemeindeglieder daselbst, um Aufhebung der bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten; eingekommen beim Sekretariat.
  - 11) Bitte der Vertreter von Hebelingen und weiteren 15 Gemeinden, die Abänderung des Weinsteuer-Gesetzes betr.; eingekommen beim Sekretariat.
  - 12) Bitte mehrerer Gemeindebürger der Stadt St. Katharinen, die Abänderung der Gemeindeordnung in Bezug auf das Institut der Bürgerausschüsse und Wiedereinführung der Urwahlen betreffend; eingekommen beim Sekretariat.

Die Abgg. Fröhlich und Pöppel zeigen druckfertige Berichte an.

Der Präsident theilt mit, daß von den Abtheilungen in die Kommission zur Verabreichung des Entwurfs der Gerichtsverfassung gewählt sind die Abgg. Häußler, Haager, v. Stöckhorn, Walli, Achenbach.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Verabreichung des Namens der Zoll- und Handelskommission vom Abg. Molli erstatteten Berichts über das provisorische Gesetz vom 7. Febr. 1861, die Aufhebung der Durchgangszölle und der die Stelle von solchen vertretenden Ausgangszölle betreffend.

Der Bericht gibt zunächst eine historische Darstellung der Bestrebungen bezüglich der Aufhebung der Rheinzölle, berührt dann das trotz der Ungunst der Verhältnisse für die letzten Jahre immer noch erhebliche Wachsthum des Verkehrs auf dem Rheine, und fährt dann schließend fort:

„Wir dürfen als gewiß aussprechen, daß bei einer minder großen Belastung der Schiffahrt der Verkehr auf dem Rheine ohne allen Zweifel noch ganz andere Dimensionen angenommen haben würde! Jedenfalls aber erheischt die dadurch zur Evidenz bewiesene Mannigfaltigkeit und Menge des dem Rheine naturgemäß zugewiesenen Verkehrs um so gewisser den ihm gebührenden und durch die Anstrengungen der konkurrierenden Eisenbahnen immer gebietender werdenden Schutz.“

Nachdem wir nun in Vorstehendem ebensoviele dieser Nothwendigkeit wie außerdem nachgewiesen zu haben glauben, daß die Forthebung selbst des jetzt noch bestehenden Detrois auf dem Rheine durch nichts mehr gerechtfertigt erscheint, glauben wir in Beziehung auf die mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf in unzureichender Verbindung stehenden Rheinzölle bei dieser Gelegenheit folgende dringende Wünsche an große Regierung aussprechen zu sollen:

- 1) Dieselbe wolle ihren ganzen Einfluß dahin verwenden, daß auch das jetzige, wenigstens ermäßigte Detroi auf dem Rhein so bald wie möglich ganz abgeschafft werde.
- 2) Zur Erhaltung der Leinpfade möge eine mäßige Rekognitionsgebühr beibehalten, dagegen von allen betreffenden

Uferstaaten die unzweifelhafteste Verbindlichkeit anerkannt werden, für Herstellung und Unterhaltung eines für jede Jahreszeit genügenden Fahrwassers stets vollkommen genügende Mittel aufzuwenden.

3) Es möge die in der letzten zu Karlsruhe vom Oktober bis Dezember 1860 stattgehabten Konferenz vereinbarte Verkehrsvereinfachung, nach welcher es den Schiffen und Flößern gestattet sein soll, bei jedem Rheinzollamt nicht bloß den betreffenden Anteil, sondern den Gesamtbetrag der Abgabe für die ganze Strecke bis an den Ort ihrer Bestimmung bezahlen zu dürfen und dadurch des Anhaltens an den übrigen Rheinzollstätten entzogen zu sein, endlich möglichst rasch in Vollzug gesetzt werden.

Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann: Der vorliegende Bericht gebe ihm keine Veranlassung, in irgend einem Punkte der Kommission entgegenzutreten; er wolle vielmehr nur einige allgemeine Bemerkungen über den Standpunkt, den die Regierung einhalte, gegenüber den in dem Bericht ausgesprochenen Wünschen machen.

Was den ersten dieser Wünsche, die gänzliche Abschaffung des Detrois, betreffe, so sei die große Regierung der Ueberzeugung, daß sie auf der letzten Rheinkonferenz hinsichtlich der Ermäßigung des Rheinzolls Dasjenige erreicht habe, was unter den damaligen Verhältnissen überhaupt erreichbar war. Sie sei ferner auch der Ueberzeugung, daß das Erreichte den damaligen Verhältnissen genügen gewesen; allein sie habe sich schon zu jener Zeit nicht verhehlt, daß bei der raschen Veränderung der Verhältnisse in der kurz vorhergegangenen Zeit und bei möglicher Wiederholung dieser Veränderung in der nächsten Zeit es doch räthselhaft sei, wenn man etwas weiter gehen könnte.

Sie habe deshalb ihre eigenen weitergehenden Ansprüche gestellt, und sei, nachdem diese keine Zustimmung gefunden, bereitwillig auf den Antrag eingegangen, der von der preussischen Regierung dahin gestellt worden, daß alle Rheinzölle von Waaren aufgehoben werden sollen. Es ist nun unterdessen, fährt der Redner fort, die Zentral-Kommission für die Rheinschiffahrt zusammengetreten und hat in ihren Sitzungen auch diesen Gegenstand in Verhandlung gezogen, ihre Ansicht aber dahin ausgesprochen, daß nur die Erfahrung darüber entscheiden könne, ob die Rhein-Zoll-Ermäßigung eine zulängliche sei oder nicht. Es wird sich gegen diese Ansicht nichts geltend machen lassen können, wenn man berücksichtigt, daß damals die Rhein-Zoll-Ermäßigung erst so kurze Zeit in Vollzug war, daß man überhaupt keine Anhaltspunkte finden kann, aus denen zu beurtheilen wäre, ob wirklich mit der Ermäßigung damals Alles gegeben sei, oder ob eine weitergehende Ermäßigung nothwendig wäre. Allein verhehlen kann man sich nicht, daß unterdessen wieder solche Anzeichen zu Tage traten, die befürchten lassen, daß auch die letzte Ermäßigung eine ungenügende ist. Der Wunsch, der auf vollständige Aufhebung des Rheinzolls gerichtet ist, würde natürlich allen Besorgnissen gründlich begegnen, und es ist klar, nach dem Standpunkt, den die Regierung bisher eingenommen hat, daß auch sie damit am vollkommensten befriedigt wäre. Es ist in der That auch schwer zu rechtfertigen, wenn man einerseits Flußzölle bestehen läßt und andererseits Konkurrenzbahnen daneben baut oder durch Privaten bauen läßt, Konkurrenzbahnen, die nicht nur nicht belastet, sondern zum Theil mit mannichfachen Vortheilen ausgerüstet sind, und man wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß solche Flußzölle dem allmählichen Uebergang weichen sind.

Die Regierung hat sich bereits mit diesem Gedanken vertraut gemacht. Es ist ihr zwar von der auswärtigen Presse vorgeworfen worden, daß sie ein anderes Maß für den Rhein habe, als für den Main und Neckar. Dieser Vorwurf ist aber ganz unbegründet. Sie hat alsbald, nachdem die Zollermäßigung für den Rhein beschlossen war, auch eine entsprechende Ermäßigung für den Neckar und Main eintreten lassen, und voraussichtlich wird sie noch im Laufe dieses Jahres eine weitergehende Ermäßigung auf beiden Flüssen eintreten lassen müssen im Hinblick auf die Konkurrenzverhältnisse der Eisenbahnen. Sie glaubt, wenn sie ihre Hand zu weitergehenden Ermäßigungen auf beiden Flüssen bietet, vollkommen in Uebereinstimmung mit diesem hohen Hause zu handeln.

Was den zweiten Wunsch betrifft, zur Erhaltung der Leinpfade möge eine mäßige Rekognitionsgebühr beibehalten, dagegen von allen betreffenden Uferstaaten die unzweifelhafteste Verbindlichkeit anerkannt werden, für Herstellung und Erhaltung eines für jede Jahreszeit genügenden Fahrwassers stets vollkommen genügende Mittel aufzuwenden, so ist natürlich gegen diesen Wunsch durchaus nichts zu erinnern. Er betrifft zwar zunächst den Ressort des Handelsministeriums, allein ich bin überzeugt, daß ich ihn an der Stelle des Handelsministeriums in Empfang nehmen und die Erfüllung nach Kräften zusichern kann.

Der dritte Wunsch lautet, es möge die in der letzten zu Karlsruhe stattgehabten Konferenz vereinbarte Verkehrsvereinfachung, nach welcher es den Schiffen und Flößern gestattet sein soll, bei jedem Rheinzollamt nicht bloß den betreffenden Anteil, sondern den Gesamtbetrag der Abgabe für die ganze Strecke bis an den Ort ihrer Bestimmung bezahlen zu dürfen, und dadurch des Anhaltens an den übrigen Zollstätten entzogen zu sein, endlich möglichst rasch in Vollzug gesetzt werden.

Was diesen Wunsch betrifft, worauf die Regierung sehr großes Gewicht legt, so kann ich die Mittheilung machen, daß nach den mir zugekommenen neuesten Nachrichten in möglichst kurzer Frist Aussicht vorhanden sein wird, daß die Verabredung hinsichtlich der Vorvervollung in Vollzug gesetzt wird.

Berichterstatter Molli spricht seinen Dank aus und die Anerkennung für alle die Schritte, welche das jetzige und das vorige Ministerium gethan habe, um Handel und Verkehr zu heben und namentlich um alle Hindernisse, besonders die die Schiffahrt so belästigenden Zölle zu entfernen. Redner erwähnt bei dieser Gelegenheit auch das Eisenbahn-Transportwesen, von dem er schon in seinem Bericht sagt:

„Wenn irgend Etwas, so bedarf gerade das Eisenbahn-Transportwesen durch ganz Deutschland im Interesse des Gemeinwohls einer durchgreifenden Reform und einer gemeinschaftlichen Organisation, welche durch entsprechende Vetheiligung von Delegirten aus dem Handelsstand eine gleichförmige, der bisherigen Willkür Schranken setzende Tarification und namentlich durch ein gerechtes Verhältniß der Sätze im durchgehenden gegen den internen Verkehr die geeignete Berücksichtigung des Handels und der Industrie des Inlandes gegen das Ausland sichert.“

Da ein weiteres Eingehen in diese wichtige Frage zu weit von dem Gegenstand der Tagesordnung abführen würde, so behält Redner sich vor, bei passender Gelegenheit diesen Gegenstand ausführlicher zur Sprache zu bringen.

Der Abg. Artavia, der sich zum Worte gemeldet hatte, verzichtet, da sein Vortrager den Gegenstand in seinem Sinne erschöpfend besprochen habe.

Abg. Schmitt: Er gehe noch einen Schritt weiter und stelle die Frage, ob überhaupt auch nur Rekognitionsgebühren, die in einer Eink mit dem Straßengeld ständen, begründet seien.

Abg. Knieß: Mehrere der in dem Bericht berührten Punkte führten zu weit; die angeregte Frage über die Verschiedenheit der Tariffätze im Eisenbahnverkehr sei zu wichtig und stünde doch nicht in so unmittelbarer Verbindung mit dem Gegenstand der Tagesordnung, daß man jetzt in eine Diskussion derselben sich einlassen könne. Bezüglich des gehofften Aufschwungs des Verkehrs auf dem Rhein dürfe man auch nicht allzu große Erwartungen hegen. Dem Abg. Schmitt entgegen Redner, daß mit demselben Recht, mit welchem das Chaußeegeld in manchen Ländern, z. B. in Preußen, noch bestünde, auch die Erhebung der Rekognitionsgebühr nicht bestritten werden könne.

Die Diskussion wurde hierauf geschlossen und der Antrag der Kommission: „Hoch Kammer wolle dem provisorischen Gesetze vom 7. Februar 1861, die Aufhebung der Durchgangszölle und der die Stelle von solchen vertretenden Ausgangszölle betreffend, ihre nachträgliche Genehmigung erteilen,“ bei namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Bezüglich des weiter auf der Tagesordnung stehenden Berichts des Abg. Molli über das provisorische Gesetz vom 15. März 1861, die Eingangszollfreiheit für rohes Zinn ohne Unterschied der Herkunft betreffend, fand keine Diskussion statt und wurde der Kommissionsantrag, dem provisorischen Gesetze die nachträgliche Zustimmung zu erteilen, bei namentlicher Abstimmung ebenfalls einstimmig angenommen.

Bei der nun folgenden Verlesung der Kommission über den Gesetzentwurf, die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten betreffend, welche aus den Abgg. Häuffer, Hingado, Prestinari, Walli und Schrey besteht, wurden weiter gewählt die Abgg. Heidenreich mit 47, Paravicini mit 38, Hoffmeister mit 36, und Schwarzmann mit 24 Stimmen.

Abg. v. Stöckhorn theilt mit, daß die Kommission zur Verabreichung des Gesetzentwurfs über die Gerichtsverfassung eine Verlesung von 6 Mitgliedern beantrage. Nach einer kurzen Debatte, bei welcher der Abg. Prestinari eine Verlesung von acht Mitgliedern beantragt, die Abgg. Kufel, Schmitt und Achenbach für eine solche von nur sechs Mitgliedern sprechen, tritt die Kammer dem Antrag auf Verlesung der Kommission durch sechs Mitglieder bei, und wurden, nachdem zu diesem Zweck die Sitzung eine Viertelstunde unterbrochen war, folgende Abgg. gewählt: Prestinari mit 54, Kufel mit 54, Eckhardt mit 52, Mays mit 51, Kirsner mit 45, und Molli mit 23 Stimmen.

Schluß der Sitzung.

## Eröffnung des englischen Parlaments.

Die gestern bereits im telegraphischen Auszug mitgetheilte Rede, womit das englische Parlament eröffnet wurde, lautet vollständig:

„My Lords und Gentlemen! Wir haben den Auftrag, Sie im Namen Ihrer Majestät zu versichern, daß sie von dem tiefsten Mitgefühl überzeugt ist, welches Sie an dem Ihrer Majestät niederbeugenden Schmerze über den unglückseligen Verlust nehmen, den sie durch den Tod ihres vielgeliebten Gemahls, ihres Trostes und ihrer Stütze, erlitten hat. Inmitten der schweren Seelenleiden, welche ihr der durch die Vorsehung über sie verhängte furchtbare Schlag verurtheilt, war es Ihrer Majestät tröstlich, aus allen Ständen ihrer Unterthanen die herzlichsten Versicherungen der Theilnahme

an ihrem Schmerz zu empfangen, und zu sehen, wie sehr Alle den edlen Charakter Desjenigen zu würdigen wüßten, dessen für die Königin wie für die Nation so grauenamen Verlust man so aufrichtig und so allgemein empfindet und beklagt. Die Königin trägt uns auf, Ihnen die Versicherung zu ertheilen, daß sie vertrauensvoll sich an Ihren Beistand und Ihren Rath wendet.

Die Beziehungen Ihrer Majestät zu allen Mächten Europa's sind fortwährend freundschaftlicher und befriedigender Natur, und Ihre Majestät hegt das Vertrauen, daß eine Störung des europäischen Friedens nicht zu befürchten sei.

Eine Frage von großer Wichtigkeit und welche die ernstlichsten Folgen hätte nach sich ziehen können, warf sich zwischen J. M. und der Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerika's auf, in Folge der Gefangennahme und Abführung von vier Reisenden von Bord eines englischen Postpaketenschiffes durch den Befehlshaber eines nordamerikanischen Kriegsschiffes. Diese Frage aber ist durch die Zurückgabe der Reisenden an England und durch die Desavouirung der von einem Marineoffizier der Vereinigten Staaten begangenen Gewaltthat von Seiten seiner Regierung in befriedigender Weise gelöst worden. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Königin und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten haben folglich keine Beeinträchtigung erlitten. Die Königin zollt der Loyalität und dem patriotischen Geiste, der sich bei dieser Gelegenheit bei dem nordamerikanischen Volke kund gab, ihre herzlichste Anerkennung.

Die durch die aufeinanderfolgenden Regierungen von Mexiko an den daselbst anwesenden Fremden begangenen Gewaltthaten, für welche man keine Genugthuung erhalten konnte, haben zum Abschluß einer Konvention zwischen der Königin, dem Kaiser der Franzosen, und der Königin von Spanien geführt. Dieselbe hat zum Zweck, die künftigen Operationen an der mexikanischen Küste zu regeln, um die bis jetzt verweigerte Genugthuung zu erhalten. Diese Konvention und die auf diese Angelegenheit bezüglichen Papiere werden Ihnen vorgelegt werden.

Die in den Beziehungen zwischen der Regierung der Königin und derjenigen des Kaisers von China eingetretene Besserung und die Ehrlichkeit, mit welcher die chinesische Regierung die im Vertrag von Tientsin eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen fortfährt, gestattet Ihrer Majestät, ihre Truppen aus der Stadt Canton zurückziehen und ihre Seestreitkräfte an der Küste und in den Gewässern China's zu reduzieren.

Die Königin, immer von dem Wunsche befeuert, ihren Einfluß im Interesse der Erhaltung des Friedens geltend zu machen, hat mit dem Sultan von Marokko eine Konvention abgeschlossen. Dank dieser Konvention konnte der Sultan die nötige Summe zur Erfüllung gewisser Verbindlichkeiten finden (welche sich aus dem Vertrag ergeben), die er Spanien gegenüber eingegangen hatte, und dadurch einem Wiederbeginn der Feindseligkeiten mit dieser Macht vorbeugen. Diese Konvention und die darauf bezüglichen Papiere werden Ihnen vorgelegt werden.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Die Königin befehlet an, Ihnen darzulegen, daß sie die Vorlage des Budgets für das nächste Jahr verordnet hat. Dieses Budget wurde in der gerechtfertigten Absicht einsichtsvoller Sparsamkeit vorbereitet.

Mylords und Gentlemen! Die Königin trägt uns auf, Ihnen mitzutheilen, daß Ihnen Maßregeln zur Verbesserung der auf die Testamente bezüglichen Gesetzgebung vorgelegt werden sollen. Unter andern Bestimmungen wird sich auch eine Bill vorfinden, um das Recht des Grundbesizes zu vereinfachen und dessen Uebertragung zu erleichtern. Ebenso werden andere, Großbritannien und Irland betreffende gemeinsame Maßregeln Ihrer Prüfung unterbreitet werden.

Ihre Majestät bedauert, daß in gewissen Industriezweigen vorübergehende Ursachen eine Klemme und einen bedeutenden Nothstand herbeiführt haben; aber Ihre Majestät hat Grund, zu glauben, daß die allgemeine Lage des Landes gut und befriedigend ist.

Ihre Majestät empfiehlt mit Vertrauen die allgemeinen Interessen der Nation Ihrer Weisheit und Fürsorge an, und betet inbrünstig, daß der Segen des Allmächtigen über Ihren Beratungen walte und sie zur Entwicklung der Wohlfahrt und des Glüdes ihres Volkes und zum Besten der öffentlichen Angelegenheiten wenden möge.

### Deutschland.

**Worheim, 7. Febr.** Zur Erinnerung an die vor 2 Jahren erfolgte Beisetzung der sterblichen Ueberreste Ihrer kaiserl. Hoheit der hochseligen Frau Großherzogin Stephanie in der hiesigen Frierengruft wurde heute in der kathol. Pfarrkirche dahier ein feierlicher Traner-Gottesdienst abgehalten.

**Vom Unterreintreis, Anf. Febr. (Frögr. 34.)** In einem andern inländischen Blatt ist bereits erwähnt worden, daß die Aktionäre der Fabrik für komprimirte Gemüse in Offenburg die Auflösung und den Verkauf sämtlicher ihr angehörigen Liegenschaften und Geräthschaften beschlossen haben. Zur nähern Unterrichtung über die einschlägigen Verhältnisse diene folgendes: Diese Fabrik wurde bekanntlich im Jahr 1855 in Form einer unbekanntlichen Handelsgesellschaft gegründet. Der Gegenstand ihrer Unternehmungen ergab sich aus der Namensbezeichnung. Ihr Endzweck muß jedoch nach den jetzt vorliegenden Resultaten als ein verfehler betrachtet werden. Die getrockneten Gemüse fanden bei Privaten nur eine verhältnismäßig geringe Abnahme, und der Geschäftsbetrieb eines solchen Unternehmens muß im Großen überhaupt nur als auf abnormale Verhältnisse, z. B. Krieg, begründet angesehen werden. Während des Krimmefeldzugs wurden für eine andere solche, außerhalb unseres Großherzogthums gelegene Fabrik von den kriegführenden Mächten zur Verköstigung der Truppen sehr erhebliche Bestellungen gemacht; in der Folge aber (in Friedenszeiten) blieb diese aus, vornehmlich bei der Offenburger Fabrik, deren Gründer wohl auf ähnliche Ab-

nahme der Fabrikate im Großen gerechnet hatten. Während des Kriegs vom Jahr 1859 in Italien schienen zwar einmal größere Bestellungen im Anzuge zu sein. Doch kamen diese wegen des bald erfolgenden Friedens von Villafranca nicht zur förmlichen Ausführung. Als Proviant für Seereisen und Schiffsfost überhaupt sind solche getrocknete Vegetabilien wohl ebenfalls sehr gezeigert, hiezu ist aber in unserer Gegend zu wenig Nachfrage. Im Uebrigen fehlte es der Offenburger Fabrik — wie dies eigentlich vorauszu sehen war — in gewöhnlicher Zeit durchaus an einem genügenden Absatz. Der Keim des Mißglückens dieses Geschäfts lag daher von vorn herein in diesem selbst. Hiezu kam noch der äußerst missliche Umstand, daß dasselbe an der vor einigen Jahren in Heidelberg wider den Bankier Fries ausgebrochenen Monstergant äußerst erhebliche Verluste von vielen Tausenden von Gulden erlitt. Es war dies ein Schlag, von dem sich die Fabrik nie mehr erholen konnte. Fries war nämlich der Hauptaktionär und zugleich geschäftsführendes Mitglied der Offenburger Fabrik, und das baare Vermögen derselben war größtentheils bei ihm deponirt. Unter diesen Umständen wurde Johann von den Aktionären in neuerer Zeit die Auflösung dieser Handelsgesellschaft beschlossen.

**Vom Auebis, 4. Febr.** In dem Rippoldsauer-Schappacher Thal erreichte das Hochwasser einen selbst bedeutenderen Grad als im Jahr 1824 und verursachte vielen Schaden und Schrecken unter den Einwohnern. An manchen Stellen war fast die ganze Breite des Thales von der wildströmenden, mächtige Holzstämme mit sich reisenden Wolk überfluthet. Zwischen Rippoldsau und Schappach sind zwei Inspektions- und viele Privatbrücken fortgerissen; außerdem wurden die Ufer und die Straße beträchtlich beschädigt, so daß der Verkehr nach Wolfach unterbrochen ist. Mehrere Häuser waren in großer Gefahr, theils durch das Wasser und besonders durch die vielen Erdschleifen, welche von den durchgeschwemmten Bergen mit Felsstücken herabstürzten und dadurch sehr empfindlichen Schaden anrichteten. Wenn anderwärts der Telegraph in diesen gefahrrohenden Tagen Manchem wieder beruhigende Nachrichten gebracht hat, so bedauern wir, dieses Vortheils in unserm abgetheilten Gebirgsthale nicht theilhaftig gewesen zu sein; so kamen Leute von Schappach nach Rippoldsau, um sich telegraphisch über den Stand gewisser, durch das Hochwasser bedrohter Holzvorräthe zu erkundigen, allein das Telegramm wurde in dem Bureau von Appen weiter nicht angenommen, weil der Telegraph in dieser Linie eben nur für den Sommerkurs besteht. Möchte wenigstens in wichtigen Fällen der Telegraph benützt werden dürfen, da ja in Rippoldsau der Apparat, sowie Telegraphenfundige an Ort und Stelle sich befinden und durch die Benützung desselben der Postkaffe ein materieller Nachtheil nicht erwachsen kann.

**München, 6. Febr.** Die „Süddeutsche Ztg.“ erhält aus Wien, 4. d. M., „von sonst sehr zuverlässiger Hand“ folgende Mittheilung, die deutsche Frage betr.:

Der österreichische Gesandte hat vorgestern in Berlin gleichzeitig mit den Gesandten der Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, der Großherzoge von Hessen-Darmstadt und Oldenburg, der Herzoge von Nassau, Braunschweig, und mehrerer thüringischer Herzogshäuser, sowie der Fürsten von Schwarzburg und von Liechtenstein \*) eine Note überreicht, welche eine Art Verwahrung gegen die Bernstorffsche Note und die in derselben enthaltenen Vorschläge enthält. Es handelte sich hiebei nicht um eine Kollektivnote, sondern um die gleichzeitige Ueberreichung gleichlautender Noten.

In diesen Noten, welche in der Form äußerst gemäßigt abgefaßt und darauf berechnet sind, Preußen eine bestimmende Wendung nach Möglichkeit zu erleichtern, wird angezeigt, daß die theilnehmenden Staaten sich bereits geeinigt haben, die Vertheidigung im Kriegesfall mit allen Kräften der theilnehmenden Staaten zu bewerkstelligen wäre. Alle zu einer entsprechenden Entwicklung der Defensivkraft des großdeutschen (sit venia verbo) Gesamtgebietes notwendigen Vorkehrungen sollen gemeinsam getroffen und soll eine Vereinbarung über den Oberbefehl im Kriege angebahnt werden. Neben diesem weiteren, nur gegen Angriffe von außen gerichteten und auf die gemeinschaftliche Vertheidigung berechneten Bunde soll der gegenwärtige als eine Art engeren Bundes bestehen bleiben. Der Bundesversammlung soll eine aus den „Delegirten der deutschen Ständeversammlungen“ gebildete Volkskammer als eine Art von Bundesparlament beigegeben werden, welches einen maßgebenden Einfluß auf die legislativischen und administrativen Arbeiten des Bundestags zu nehmen hätte.

Wie man sich das Verhältnis des österreichischen Gesamtreichsraths und der Gesamtstaatsverfassung zu dieser nur von den deutschen Erbstaaten zu beschickenden Versammlung gedacht hat, ist mir unklar geblieben. Die Beziehungen zu den Ländern jenseits der Leitha werden dadurch allerdings wenig alterirt; dagegen wird die Stellung Galiziens und Dalmatiens, deren Abgeordnete im engeren Reichsrath sitzen, während ihre Länder nicht zum Bunde gehören, eine abnorme.

**\* Frankfurt, 6. Febr.** Der kurhessische Gesandte vertrat in der heutigen Bundestags-Sitzung auch das Großherzogthum Hessen. — Von verschiedenen Staaten wurden Standeslisten und Eisenbahnnachweise vorgelegt. — Mehrere Regierungen ließen zur Anzeige bringen, daß sie den Bestimmungen wegen gegenseitiger Rechtshilfe beitreten würden. — Hierauf fand die Abstimmung über die Anträge des Ausschusses für Errichtung einer gemeinsamen Zivil- und Kriminalgesetzgebung vom 12. August 1861 statt; die Anträge (Beschaffung von Kommissionen für Zivilprozessordnung in Hannover und Obligationenrecht in Dresden) wur-

\*) Es wird bemerkt, daß dieses Verzeichniß vielleicht nicht ganz vollständig sei; Kurhessen habe man gesichtlich aus dem Spiele gelassen.

den mit Stimmenmehrheit angenommen. Preußen und einige andere Staaten stimmten unter Verwahrung dagegen. — Schließlich kamen Festungsangelegenheiten zur Verhandlung.

**Koburg, 6. Febr.** Bei der Expedition der „Bochenschrift des Nationalvereins“ sind neuerdings für die deutsche Flotte in größeren Beiträgen eingelaufen: aus Danzig (zweite Sendung) 2036 fl., aus Saarbrücken 560 fl., aus Koburg selbst (erster Beitrag) 700 fl. In Summa 47,345 fl. Inzwischen sind weitere 10,000 fl. an das preussische Marine-Ministerium abgegeben worden.

**Hannover, 6. Febr. (Fr. 3.)** Die Zweite Kammer verhandelte heute über das vorgelegte Budget. Von allen Seiten erdante ein Nothkrei über das beträchtliche Defizit, welches voraussichtlich in den nächsten Jahren bedeutend wachsen muß, da das beim Zollabschluß bewilligte Präzipuum alsdann wegfällt. Große Sensation erregte im Hause die offene Kriegserklärung des neuerngetretenen Mitglieds für die Universität Göttingen, Schagrath v. Böttmer. Keinem Menschen, erklärte derselbe unter tiefem Schweigen der Kammer, sei es mehr verborgen, daß sich das System der jetzigen Regierung durchaus im Widerspruch mit den Anforderungen der Zeit befinde. Es gehöre keine Prophezeie dazu, um zu verkünden, daß binnen kurzem das jetzige System seine Existenz verlieren müsse. Noch drückte es wie eine schwere Last auf uns; daß aber werde es nur noch wie ein schwerer Trümmer in unserer Erinnerung leben. Diese offene Kriegserklärung knüpfte sich an eine scheidende Kritik unserer Finanzzustände; sie wurde noch eindrucksvoller durch die Erläuterung des Redners, daß er seinen politischen Grundsatzen nach mit Unrecht vom Minister des Innern zur Linken gezählt werde, so sehr er die Mitglieder derselben als höchst ehrenwerthe Männer persönlich hochachten müsse, daß er aber noch viel weniger als ein Anhänger des jetzigen Systems gelten möchte, dessen Grundsatze und Ansichten er, als für das Land höchst verderbliche, vollständig verwerme. v. Böttmer meinte, daß ein solches Bekenntniß aus dem Munde eines anerkannt konservativen Mannes, der aus Unwillen gegen die jetzigen Zustände sein Staatsamt niedergelegt, das Gefühl der Sicherheit bei den Inhabern des Portefeuilles beträchtlich erschüttern müsse. Wohin man blicke, sei das Ministerium isokratisch; sogar die konservativen Blätter, wie die „Kreuzzeitung“ und die Augsburger „Allgemeine“, stimmen in die Verurtheilung des jetzigen Systems ein. Die Linke könne daher siegesgewiß ihren Kampf fortsetzen; das System v. Borries habe keine Zukunft mehr.

**Berlin, 5. Febr.** In der gestrigen Fraktionsversammlung der deutschen Fortschrittspartei bildete die deutsche Frage fast den ausschließlichen Gegenstand der Verhandlung. Die zur Vorberathung über die Anträge der Abgg. Dr. Fries, Birchow und Twesten eingesetzte Kommission legte den Antrag in neuer Fassung vor. Außerdem wurde ein den früheren ergänzender Antrag des Dr. Fries mitgetheilt, welcher den bezüglichen Passus der Thronrede als alleinigen Ausgangspunkt annimmt, während die Anträge der Birchow und Twesten auch das Recht der deutschen Nation auf eine einheitliche militärische, diplomatische und handelspolitische Vertretung und die Anerkennung dieses Rechts durch die deutsche Reichsverfassung betonen. Eine Einigung erfolgte schließlich auf der Grundlage eines von Dr. Luning abgefaßten Antrags, welcher beide Fassungen verbindet. Der Antrag sollte heute mit Rücksicht auf einige Bemerkungen schließlich redigirt und sodann dem übrigen liberalen Fraktionen mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt werden. Wegen etwaiger Abänderungsvorschläge dieser Fraktionen hat sich die deutsche Fortschrittspartei definitive Beschlußfassung auf Freitag vorbehalten.

Ein Artikel der heutigen „Nationalztg.“ über „die deutsche Frage vor dem Abgeordnetenhaus“ sagt schließlich: Der deutsche Bundesstaat soll eine Stätte der Fürsorge in der preussischen Volksovertretung erhalten, das ist einer der Zwecke, die das Programm der Fortschrittspartei aufgestellt hat. Das es am wünschenswerthesten ist, daß er von der ganzen preussischen Volksovertretung in Fürsorge genommen werde, das braucht nicht erst gesagt zu werden, sondern ist selbst in der Wirklichkeit der gesammten liberalen Partei geäußert worden. Die liberale Partei möge hier das Ihre leisten, und zugleich; das gegenwärtige Abgeordnetenhaus wird in dem Beifall des preussischen und des ganzen deutschen Volkes seinen Lohn und auch eine nicht gering zu achtende Stütze finden.

**K.C. Berlin, 5. Febr.** Der gestern beschlossene Ausschussantrag in der kurhessischen Sache lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung

1) daß die in Kurhessen schon seit Jahren dauernde Störung des öffentlichen Rechtszustandes nicht bloß jenes Land schwer bedrückt und das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes verletzt, sondern auch, da sie eine rechtswidrigen, die Verfassungen der deutschen Staaten gefährdenden Anwendung der Bundesgesetze herorgegangen ist, für ganz Deutschland den Gegenstand ernstlicher Beunruhigung bildet;

2) daß die königl. Staatsregierung bereits im Jahr 1859 in offizieller Form erklärt hat, daß die Wiederherstellung der im Jahr 1862 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung vom Jahr 1831 — wie sie zwanzig Jahre hindurch in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat — der einzige Weg sei, jenen Theil Deutschlands in seine Rechtszustände zurückzuführen;

3) daß neuerdings die groß. badische Regierung sich dieser Auffassung angeschlossen und das rechtliche Fortbestehen der Verfassung von 1831 sammt Zulassen und des Wahlgesezes von 1849 anerkannt hat;

4) daß auch das kurhessische Volk — und zwar selbst durch das Organ derjenigen Landesvertretung, welche nach den eigenen Vorschlägen der Regierung und unter ihrem Einflusse gebildet wurde — mit einer Einnüchtheit und Beharrlichkeit, welche die lebhafteste Theilnahme Deutschlands erregen, an jener Verfassung festhält und deren Wiederherstellung verlangt;

5) daß dagegen die kurhessische Regierung fortführt, diese Wiederherstellung zu verlagern, sogar der von ihr verkündeten Verfassung zu widerhandeln, und dem Lande selbst diejenigen Rechte verweigert,

welche durch diese rechtswidrig eingeführte Verfassung unangefastet geblieben sind;

6) daß bei dem weiteren Vorgehen der kurhessischen Regierung auf diesem Wege die Besorgnis vor gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung in jenem, dem Reichsgebiete Preußens sich anschließenden Lande nahe tritt;

erklärt das Haus der Abgeordneten es als dringend geboten: daß die königl. Staatsregierung mit allen ihren Mitteln auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksobervertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Jan. 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erklärungen und deren vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hinwirke.

**Berlin, 6. Febr.** Im Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich am nächsten Dienstag oder Mittwoch der Antrag in Betreff der kurhessischen Frage zur Plenarverhandlung kommen. Bereits morgen steht die Ausgabe des bezüglichen Kommissionsberichts zu erwarten. — Die zur Vorbereitung des Entwurfs einer neuen Kreisordnung vom Herrenhause eingesetzte Kommission hat gestern Abend ihre erste Sitzung gehalten. Dem Vernehmen nach sind in der Kommission, welche mit der Prüfung des Entwurfs einer allgemeinen Wegeordnung beschäftigt ist, schon zahlreiche Abänderungsanträge zu der Regierungsvorlage angemeldet. — Die Resolution in der deutschen Frage wird höchst wahrscheinlich schon in der nächsten Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden. — Die Fortschrittspartei und das linke Zentrum (Immermann, Bodum, Dolfs), sowie die Fraktion Harfort zählen jetzt zusammen gegen 160 Mitglieder. — Wie verlautet, ist vor einigen Tagen aus Paris eine Rückübertragung auf die preussischen Erklärungen in Betreff des Handelsvertrags hier eingegangen. In dieser Kundgebung sollen mehrere von den preussischen Ausgleichungsvorschlägen beanstandet worden sein. Sonst gewöhnlich gutunterrichtete Personen wollen versichern, es lasse sich auch bei dem jetzigen Stand der Dinge noch immer nicht mit einiger Gewißheit ersehen, wann der Vertragsabschluss mit Frankreich zu Stande kommen werde. — Seit einigen Tagen sind hier Abgeordnete von Zollvereins-Staaten zu Beratungen über die Londoner Industrieausstellung versammelt.

**Wien, 5. Febr.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab der Finanzminister Erklärungen über die Deckung des Defizits. Er hofft auf das baldige Zustandekommen des Uebereinkommens mit der Nationalbank. Die Regierung sei aber unabhängig hiervon auf die Herbeischaffung von Geldmitteln bedacht. Die gleichzeitige Realisirung von nahezu 150 Mill. Effekten und Anleihe sei unmöglich. Neue Auflagen von Steuern für 1862 seien unpraktisch. Es wurde daher beschlossen, den Preis des Salzes, die Stempelgebühren, die Verbrauchsabgabe des Rübenzuckers, und die direkten Steuern zu erhöhen, wodurch eine Mehreinnahme von 32 Millionen erzielt werde. Die betreffenden Gesetzentwürfe hofft der Finanzminister bis Mitte Februar vorlegen zu können. Schließlich theilt er noch mit, daß die wirklichen Ausgaben des ersten Quartals pro 1862 um 15 Millionen hinter den präliminirten zurückgeblieben seien.

**Wien, 5. Febr.** Die „Presse“ ergeht sich heute wieder in breiter Polemik über die deutsche Frage, und bringt bei dieser Gelegenheit einige Andeutungen über den neuesten Schritt der österreichischen und verschiedener deutscher Regierungen in Berlin, von dem auch die „Süddeutsche Zig.“ berichtet. (S. Art. München.) „In der identischen Note,“ sagt die „Presse,“ „wird in den veröhnlichsten Ausdrücken Verwahrung eingelegt gegen den engern Bind unter preussischer Führung im weiteren, und gegen die Bernstorff'sche Interpretation des 11. Art. der Bundesakte.“ „Im Verein mit Oesterreich — heißt es weiter — erklären sämtliche (betroffene) Regierungen ihre Bereitwilligkeit, von ihrer Einzel-Souveränität so viel zu opfern, als zur Herstellung eines effektiven neuen Deutschen Bundes, zur Errichtung einer Bundesexekutive und einer aus Delegationen der Kammern der Einzelstaaten zu bildenden deutschen Volksvertretung notwendig ist. Die in Berlin überreichte identische Note brüht die Hoffnung aus, daß Preußen auf diesem Terrain den deutschen Regierungen entgegenkommen, und seine Bemühungen mit den übrigen zur Reorganisation des Deutschen Bundes auf dieser Grundlage vereinigen werde.“ Es soll, wie die „Presse“ hört, keine leichte Arbeit gewesen sein, die beteiligten Regierungen zu dieser übereinstimmenden Kundgebung zu bewegen.

Die „Wien. Korrespondenz“ bringt heute einiges Nähere über den auch von ihr gemeldeten Beschluß der österreichischen Regierung: der kurhessischen den Rath zu ertheilen, dem Verlangen nach Wiederherstellung der Verfassung von 1831 nachzugeben. „Da jedoch — sagt die genannte Lithographie — während der Zeit, wo diese Verfassung in Wirksamkeit war, das Einkammersystem, auf welches dieselbe basirt ist, sich als gänzlich unpraktisch erwies, da ferner dessen Beibehaltung unabweislich eine Verletzung der Rechte der hessischen Standesherrn wäre, und da endlich dieses System dem Wesen des wahrhaftigen konstitutionellen Prinzips keineswegs entspricht, so schlägt Oesterreich vor, der demnächst einzuberufenden hessischen Zweiten Kammer Vorschläge zu unterbreiten, auf Grund derer die Verfassung von 1831 mit dem Zweikammersystem in Einklang zu bringen ist. Seine Einkammerung würde aber nicht mehr auf Grund der durch Bundesbeschluß autorisirten und oktroyirten Verfassung erfolgen, sondern vielmehr auf Grund des Wahlgesetzes von 1831, von welchem die preussische Regierung, welche jetzt das Wahlgesetz von 1849 urteilt, noch am 22. März v. J. in einer nach Wien gerichteten Depesche anerkannte, daß es bei weitem demjenigen von 1849 vorzuziehen sei, und daß das Land darin keine Verletzung des alten Rechtes erblicken könne u. s. w.“ Es ist wohl kaum zu zweifeln, daß mit diesen Andeutungen die neueste Auffassung der österreichischen Regierung bezeichnet wird.

Die für heute anberaumte Sitzung des Abgeordnetenhauses mußte auf morgen vertagt werden, da noch nicht die zur Beschlußfähigkeit notwendige Anzahl von Mitgliedern in Wien eingetroffen ist.

**Wien, 6. Febr.** Die „Donauzeitung“ bezeichnet alle Nachrichten über die Wechselbeziehungen der mexikanischen Frage und den Besitzstand Oesterreichs in Italien als Erdfindungen.

### Oesterreichische Monarchie.

**Magusa, 5. Febr.** In der vergangenen Nacht griffen die Bewohner von Korlanig einen benachbarten Heden an und raubten alles Vieh. Matanovich ist mit mehreren Montenegroern bei den Insurgenten angekommen, und man erwartet einen baldigen Angriff auf die türkischen Truppen.

### Frankreich.

**Paris, 6. Febr.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den Kommissionsbericht des Hrn. Gouin über das förmliche Projekt der Rentenkonversion. Ich hebe aus demselben nur hervor, daß die Frist wegen der fakultativen Umwandlung von 30 auf 20 Tage reduziert wurde, was zeigt, daß die Kommission die Verlegenheit der Regierung kennt und daß Hr. Gouin die ursprünglich auf 8 Fr. veranschlagte Aufzahlung nur zu 6 Fr. berechnet. Hieraus würden, der Berechnung des Kommissionspräsidenten zufolge, der Regierung ungefähr 150 Millionen (also schon 50 Proz. weniger, als Hr. Gouin prophezeit) und eine jährliche Ersparnis von 7 Millionen erwachsen. Im Publikum jedoch glaubt man, daß öffentlich oder doch unter der Hand für größere Posten die Aufzahlung 5 Fr. nicht übersteigen werde. — Briefen aus Italien zufolge konzentriren sich die piemontesischen Truppen in beträchtlicher Stärke am Arigliano und zu Gaeta, wo auch starkes Kriegsmaterial aller Art angehäuft wird. Denselben Briefen zufolge hatten die Gesandten von Oesterreich, Spanien und Bayern mit dem Kardinal-Staatssekretär eine Konferenz gehabt, worin die Eventualität einer Klumung Rom's durch die Franzosen ins Auge gefaßt wurde. Man will sogar wissen, daß die betreffenden Mächte beim Kabinett der Kaiserin anfragten, ob es sich für diesen Fall der Aufstellung einer gemischten katbolischen Garnison zum Schutz des Papstes widersetzen würde. (?) — Weit positiver als diese ziemlich hypothetische Nachricht ist, daß die italienischen Fonds, welche vor einigen Tagen einen Anlauf à la hausse nahmen, gestern und heute einen gewaltigen Krebschritt machten. Es scheint, daß man in Turin daran denkt — um keine Anleihe zu machen — 500 Millionen gegen Trentenaires-Obligationen zu borgen. — Hr. Sibell hat gestern eine Unterredung mit Hrn. Thouvenel. — Die auf heute 3 Uhr angelegt gewesene akademische Wahl für Scribe's Stuhl wurde, wie ich höre, wegen des Todes des Hrn. Biot nochmals verschoben. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute ein Zirkular Hrn. v. Persigny's, worin die Untertypisten angewiesen werden, ihre Akordissements regelmäßig zu bereiten und dadurch, in innigere Beziehung zu den Maitres zu treten. — In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurde die mehrfach angefochtene Wahl des Hrn. Parnard als Deputirter von Avignon nach langen Debatten bestätigt.

### Rußland.

**St. Petersburg, 6. Febr.** Details des Budgets für 1862. Ausgaben: Staatsschuld 54 Mill., Hans des Kaisers 5 Mill., Kriegsministerium 110 Mill., Ministerium der Marine 20 1/2 Mill., des Innern 7 1/2 Mill., der Finanzen 27 Mill., Pensionen 13 Mill., Bauenministerium 2 Mill., und Subventionen industrieller Unternehmungen 8 Mill. Einnahmen: Kopfsteuer 28 Mill., Grundsteuer 25 Mill., vom Eigenthum des Staats 12 Mill., Getränkesteuer 124 Mill., Zölle 32 Mill., Post 7 Mill., und Stempel 6 Mill.

### Vermischte Nachrichten.

**Karlruhe, 7. Febr.** Das großh. Hoftheater bereitet für die nächste Woche ein Unternehmen vor, das besondere Aufmerksamkeit verdient; es ist die Aufführung von Ludw. Tieck's dramatischem Märchen: *Blaubart*.

Immermann hat dasballe Experiment in den dreißiger Jahren in Düsseldorf mit gutem Erfolge gemacht, und wenn Tieck selbst es, zehn Jahre später, mit minderen Erfolge in Berlin wiederholte, so hatte dies seinen Grund darin, daß er auf Beibehaltung einer zu großen Ausdehnung des Gedichtes bestand. Die Bearbeitung, welche hier zur Aufführung kommen wird, hat — noch mit Zustimmung des Dichters — den eigentlichen dramatischen Gehalt des Gedichtes auf das engste zusammengedrückt und seine Wirkung durch eine veränderte Szenenfolge zu sammeln und zu steigern gesucht. Unter allen Dramen der Neuromantik hat Tieck's *Blaubart* unsehbar das größte Anrecht auf Bühnenerfolge. Die Schauer des Volkstümlichen treten mit erschütternder Gewalt auf, und die seltsamen Komikern, sowie die tief-sinnigen humoristischen Gestalten, welche der Dichter eingeflochten hat, vollenden die Eigenenthümlichkeit des deutschen Märchens in so zutreffender Weise, wie unsere Bühne sie sonst nicht zeigt.

Wein es den Bemühungen unserer Künstler gelingt, die sehr schwierigen Aufgaben, welche ihnen hier gestellt sind, lebendig und anschaulich zu lösen, und wenn das Publikum auf die fremde Eigenenthümlichkeit dieses Werkes mit wohlwollender Theilnahme eingeht, so kann damit eine Lücke in unserm Repertoire gefüllt und Ludwig Tieck's Name auf die Liste unserer Bühnendichter gebracht werden.

**Karlruhe, 7. Febr.** Gestern Abend wurde der Circus Suhr und Hiltmann durch die erste große Vorstellung eröffnet. Der Circus befindet sich auf dem Schloßplatz und ist auf zweckmäßige und gefällige Weise hergerichtet worden. Die Beleuchtung ist brillant, die eigene Musik ist offenbar gut gestellt; zur Erwärmung der Räume sind 4 Defen aufgestellt und die Fußböden der Zuschauerplätze sind mit Strohpappeln belegt. Die Befriedigung des Publikums über all Dieses war sichtbar und dasselbe hatte sich zahlreich eingefunden. Die Vorstellung begann mit den süßen Voligen des Hrn. Fink, welche alsbald einen guten Begriff von der Kunstfertigkeit der Gesellschaft gaben. Die Damen Capite, Sagrino, Glanapp und Suhr, die H. Gustav Hiltmann, Sagrino, Suhr, Reih und Capite leisteten Mühenwerthes; es wurde Allen reichlicher Beifall und Hervortritt zu Theil. Die regie Aufmerksamkeit

zogen die Schulsperde „Belisar“, arabischer Hengst, geritten von Hrn. Suhr, „Aregiosa“, lebendbürgisches Gestüt-Schulsperd, geritten von Hrn. Director Suhr, die englische Vollblutstute „Arabela“, geritten von Hrn. Gustav Hiltmann, und „Soliman“, russischer Hengst aus dem Marfall des Kaisers Nikolaus, geritten von Frau Suhr, auf sich. Die „römischen Gladiatoren“ Hiltmann und Sagrino, sowie die Akrobaten Hr. Nagel und Schöne wurden mit Beifall reich bedacht. Es ist für die künftigen Vorstellungen ein zahlreicher Besuch sicher zu erwarten. Die Pferde sind prachtvoll, deren Dressur staunenswerth, die Garderobe ist glänzend, die Glöwen unterhalten in den ganz kurzen Pausen, die ganze Vorstellung geht anstandslos vor sich.

— **Darmstadt, 5. Febr.** (Prozeß Jakob.) Die heutige Vormittags-sitzung war fast ausschließlich der Rede des Staatsanwalts zur Begründung der Anklage gewidmet. Er erörterte zunächst den objektiven Thatbestand des Verbrechens, dessen Vorhandensein durch die übereinstimmenden Gutachten der Chemiker und Aerzte über allen Zweifel erhaben sei. Von da geht er in subjektiver Richtung direkt auf die Person des Mörders los, um den er das dicke Netz der Indizien immer enger zusammenzieht, schließlich die Aussagen der Elisabeth Gansfert besonders betonend, welche sah, wie der Angeklagte am Freitag Abend seiner Frau dasjenige weiße Pulver gab, welches nach dem einstimmigen Gutachten der Aerzte das den Tod verursachende Gift enthalten haben muß. Der Angeklagte sah während des Vortrags wie vernichtet da und richtete oft die Augen zum Himmel.

In der Nachmittags-sitzung sprach zuerst der Verteidiger. Er sucht den Angeklagten vor Allem gegen die Erbitterung in Schutz zu nehmen, die sich in der Öffentlichkeit deshalb gegen den Angeklagten schon von vorn herein kundgegeben, weil er in dem reaktionären „Hess. Anzeiger“ Andern zum Werkzeug diente. Sodann beanstandete er den objektiven Thatbestand in so fern, als nicht erwiesen sei, daß trotz des in den Eingeweiden der Verstorbenen vorgefundenen Arseniks der Tod nicht in anderen Krankheiten, z. B. in einem Herz- oder Gehirnschlag, seinen Grund habe, worauf er sodann zu einer Bekämpfung der Erbitterung und Schließlichkeit der einzelnen von der Staatsbehörde aufgestellten Indizien übergeht, welche er zur Begründung einer festen Ueberzeugung der Geschwornen nicht für zureichend erachtet. Auch die Aussagen der Elisabeth Gansfert, welche er durch Nachweisung vermeintlicher Widersprüche und sonstiger ihrer Glaubwürdigkeit entgegenstehender Momente zu entkräften sucht, bezeichnet er in dieser Beziehung als ungenügend und machte darauf aufmerksam, wie bedenklich es sei, in dieser Sache, in welcher es sich um das Leben des Angeklagten handle, auf Grund der Aussage nur eines Zeugen ein Schuldig gegen den Angeklagten auszusprechen.

Den wesentlichsten Theil der Verteidigung bildete alsdann der Nachweis der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß sich Frau Jakob selbst vergiftet habe, sei es nun durch den Genuß von Arsenik, welchen sie zur Erhaltung ihrer Schönheit und körperlichen Beschaffenheit eingenommen habe, oder absichtlich aus Lebensüberdruß und Verzweiflung über ihr Mißverhältnis zu dem Angeklagten.

Hierauf folgte die Replik des Staatsanwalts, sowie die Duplik der Verteidigung, welche wesentliche neue Momente nicht darboten. Ebenso sei die allgemeine Erbitterung nicht die Folge der politischen Haltung des erwähnten „armisigen“ Blattes.

Der Angeklagte, befragt, ob er zu seiner Verteidigung noch Etwas zu sagen habe, erhob sich und erklärte: „er befinde sich in einer gräßlichen Lage und sei für seine unüberlegten Handlungen schon durch die Untersuchung und den gänzlichen Ruin seines Geschäftes schwer genug gestraft. Man behaupte, dein r Leiche seiner Frau Gift gefunden zu haben, und er müsse es glauben, könne aber in dieser Beziehung nur Vermuthungen hegen. Vor Gott und seinem Gewissen sei er unschuldig.“

Der Präsident schloß darauf die Debatte und resumirte den Geschwornen in gedrängter unparteiischer Darstellung die wesentlichsten Be- und Entlastungsmomente.

Sodann behändigte er denselben die Akten mit Ausnahme der Zeugenprotokolle, sowie die zu beantwortende Frage, welche dahin lautete: „Ist der Angeklagte G. H. Jakob, 52 Jahre alt, schuldig, daß er seiner am 3. August 1861 verstorbenen Ehefrau im Leben Gift, nämlich Arsenik, in der Absicht, dieselbe zu tödten, beigebracht, und dadurch deren Tod verursacht habe?“

Um 9 1/2 Uhr zogen sich die Geschwornen in das Verhandlungszimmer zurück und traten gegen 10 1/2 Uhr wieder heraus.

Der gewählte Obmann, Hof-Ger. Advokat Leidecker, verkündigte den Ausspruch der Geschwornen mit den Worten:

„Bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen vor Gott und den Menschen, der Ausspruch der Geschwornen auf die vorgelegte Frage ist:

„Ja, der Angeklagte ist schuldig, das Verbrechen mit allen Umständen begangen zu haben, welche in der gestellten Frage enthalten sind.“

Mit tiefer Stille hörte das Kopf an Kopf gedrängte Publikum die Verkündung des Wahrspruchs an.

Der Angeklagte, wieder vorgeführt, trat mit seinem Schritt auf seinen Platz und blieb aufrecht stehen, deutlich genug die Spuren der furchtbaren inneren Aufregung verathend. Das Verdict der Geschwornen wurde ihm vorgelesen. Bei den Worten: „Ja, der Angeklagte ist schuldig“, schlug er mit dem Kopf: „Ach Gott!“ die Hände zusammen, ließ sich auf die Bank nieder und legte den Kopf auf das Gesänder, die Hände vor die Augen haltend. Der Staatsanwalt beantragt die einzige Strafe, welche das Gesetz im vorliegenden Falle kennt, den Tod. Der Verteidiger erklärt, daß ihm das Gesetz zu einem Antrag in Betreff der Strafe keine Gelegenheit biete. Der Assisenhof sprach nach kurzer Berathung die Todesstrafe aus, deren Verkündung der Angeklagte sitzend und hart vor sich hinschauend anhörte. Auch als sich der Gerichtshof zurückzog und das Publikum den Saal verließ, blieb er wie erstarrt auf der Anklagebank sitzen und ließ sich willenslos von der Gendarmen abführen.

Durch Spaliere von Soldaten, welche die in den Straßen Kopf an Kopf gedrängte Menge mit Gewalt zurückdrängten, wurde er in einer Droschke nach dem Kriminalgefängniß zurückgebracht, auch diesmal wieder begleitet von Ausbrüchen der Erbitterung eines Theils der Volkmenge.

### Großherzogliches Hoftheater.

**Sonntag, 9. Febr. 1. Quartal. 20. Abonnementsvorstellung. Tell; große Oper mit Ballet in 4 Akten, von Rossini.**

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Krosenlein.

3.g.39. Pledolsheim. Entfern- ten Verwandten und Freunden gebe ich die traurige Nachricht, daß den 6. dieses, Mittags 1 Uhr, meine liebe Frau, Christine, nach schweren Leiden im Alter von 55 Jahren in dem Herrn sanft entschlafen ist, und bitte um stille Theilnahme. Pledolsheim, den 7. Februar 1862. Chr. Seyl, zum Oheim.

3.f.993. Karlsruhe. **Erledigte Amtsdiennerstelle.** Die mit 400 fl. Gehalt und 42 fl. Monturverdienst verbundene Stelle eines Amtsdieners bei dem Bezirks- amte Ludwigschloßheim ist in Erledigung gekommen. Die nach dem Normativ über Besetzung der niederen Zivildienste anpruchsberechtigten Bewerber werden aufgefordert, ihre Gesuche, unter Anführung der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen dahier einzureichen. Karlsruhe, den 4. Februar 1862. Ministerium des Innern. A. v. Br. Großl. v. Braunwald.

3.f.938. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Die Kündigung des Güterbesitzer- dienstes zu Pforzheim betr. Der Güterbesitzerdienst in Pforzheim kommt mit dem 1. Mai l. J. in Erledigung. Die zur Uebernahme dieses Dienstes Lusttragenden werden eingeladen, ihre Angebote längstens bis zum 15. März l. J. unter Anführung ihrer Vermögens-, Zeugnis- und Qualifikationszeugnisse bei unter- zeichneter Direktion einzureichen. Formulare für die Anerbieten, welche zugleich die Bedingungen der Uebernahme enthalten, können bei großh. Hof- und Eisenbahnamt Pforzheim eingesehen und in Empfang genommen werden. Karlsruhe, den 31. Januar 1862. Direktion der großh. Bergwerksanstalten. Schmidt.

3.f.976. **Anzeige eines Töchtern - Institutes zu Yverton im Ct. Waadt, Schweiz.** Frau Witwe **Kant**, die seit 30 Jahren mit mütterlicher Liebe und Hingebung in dem Wirkungskreise des von Pestalozzi gestifteten und von ihrem sel. Gatten fortgeführten Knaben - Institutes lebte, hat dasselbe (durch Familienverhältnisse veranlaßt) seit 1 1/2 Jahren in ein Töchtern - Institut umgewandelt. In der Leitung dieses Lehrers ist sie unterstützt durch ihre beiden Töchtern, die durch einen mehrjährigen Aufenthalt in England und Deutschland sich zu Erziehungsinnen ausgebildet haben. Das Institut bietet ein auf Religiösität gegründetes freundliches Familienleben dar, enthält alle Hilfsmittel, welche das geistige und körperliche Gedeihen der hier sorgfältig anvertrauten Töchtern fördern kann. Indem Frau Kant die Ehre hat, diese Anzeige ihren wohlwollenden Freunden und Eltern Gönnern zur Kenntniss zu bringen, benutzt sie diesen Anlaß, dem Vertrauen und der Gewogenheit derselben sich aufs Neue hinstellen zu empfehlen. Zur Erzielung weiterer Auskunft beliebe man sich an Frau Kant selbst zu wenden. Yverton, den 6. Februar 1862.



3.f.965. Karlsruhe. **Vorläufige Anzeige.** Unterzeichneter wird die Ehre haben, vom Sonntag den 9. d. M. an sein großes, mit 150 Gasflammen beleuchtetes **Panorama** in zwei Aufstellungen dahier auf dem Schloß- platz zur Schau aufzustellen. Die erste Auf- stellung enthält die neuesten Weltereignisse, Städte und Landschaften, wie auch die große Weltstadt Paris und noch mehrere andere in- teressante Darstellungen. Um geneigten zahlreichen Zuspruch bittet **F. Bayer.**

3.f.997. Karlsruhe. **Annonce.** Den aus den feinsten Ingredienzien bestehenden **Magen-Piquet**, genannt „**Elixir de Ma- yence**“ und bekannt unter der Devise: **Le souffrant, qui s'en sert** sera rétabli et puis en bon humeur erlaube mir einem gelehrten Publikum als ausgezeich- net wohlthuend und magenstärkend, mit angenehmem aromatischem Geschmack versehen, in empfehlende Er- innerung zu bringen. Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant in Karlsruhe.

3.g.38. Karlsruhe. **C. Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant,** empfiehlt die frisch angekommenen **Braunschweiger (Schlachtwurst)** - **schönen Göttinger Wetzwürste** - **kleinen Knochenwurstchen** - echten **Bayern Gervelat** - und **Bacon**, **Salami**, ger. **echten Frankfurter Brat** - und **Leberwürste**, so- wie **Gänseleberwurst**, wessig, Schinken u. wessig, Würste u. c.

3.g.23. Karlsruhe. **Circus Suhr & Hüttemann** auf dem Schloßplatz in Karlsruhe. Heute Samstag den 8. Februar 1862 große außerordentliche Vorstellung in der höhern Reitskunst, Gymnastik und ganz besonders Pferde dressur. **Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr präzis.** **Suhr & Hüttemann, Direktoren.**

3.f.962. Karlsruhe. **Hoff'scher Malz-Extract.** Von dem vielverlangten Hoff'schen Malz-Extract unterhalte ich Lager und empfehle solchen in **ächter Qualität** en gros und in einzelnen Flaschen bestens. **Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.**

3.f.963. Mannheim. **Holländer und Champagner Mühlensteine** sowie Heidelberger Mahl- und Del-Mühlensteine in allen Größen werden billigst geliefert von **Nabus & Stoll in Mannheim, Lit. L. 2. No. 41.**

3.g.37. Karlsruhe. **Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant,** empfiehlt **Schönes franz. Geflügel,** als: **Chapons, Poulards** - Homards, - frische **Perigrin-Trüffel**, getrocknete u. in Dampf, - frisch ger. **Winterlachs**, - frische englische und französische **Austern**, - acht russ. **Astrachan** und **Elb-Caviar**, frische **Cabeljan**, **Solles**, **Strasburger Gänseleberpa- steten**, **Wädinge** zum Kochen und Braten, mar. **Widen**, franz. u. russ. **Sardines**, **Thunfisch**, **Macques reau**, **Heringe**, **Krauter-Anchovs**, **Schneemaul- salz** u. c. wozu wieder vorzügliches **Manchener Winterbier** vom Spaten, - und echt engl. **Wie und Porterbier**.

3.f.801. Offenbach a. M. **Dächer** werden mit **Dachpappen** und **Dachfilz**, sowohl hier, als auch außerhalb, billigst (unter Garantie) ganz fertig eingedeckt durch die **Dachpappen- und Dachfilz-Fabrik von Hoffmann & Cie in Offenbach a. M.** Es wünscht Jemand ein Kapital von 8000 fl. gegen liegendes Unterpfand zu leihen. Diejenigen, welche dieses Kapital darleihen wollen, wollen sich unter portofreier Mittheilung an den Unterzeichneten wenden. **Hühl, den 6. Februar 1862.**

3.g.12. Bahl. **Kapital-Gesuch.** Es wünscht Jemand ein Kapital von 8000 fl. gegen liegendes Unterpfand zu leihen. Diejenigen, welche dieses Kapital darleihen wollen, wollen sich unter portofreier Mittheilung an den Unterzeichneten wenden. **Hühl, den 6. Februar 1862.**

3.g.18. Reuthen, Oberamt Bruchsal. **Stammholz-Versteigerung.** Mittwoch den 12. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden aus hiesigem Gemeindevale, Distrikt Belling, 33 Stüd zu Boden liegende Eichenstämme, welche einen Kubinhalt von 2700 Fuß haben und sich vorzüglich zu Holländer- und Bauholz eignen, öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber zur Versteigerung auf die Hiesstelle eingeladen werden. **Reuthen, den 5. Februar 1862. Schmitt.**

3.g.16. Nr. 48. Grafenhausen. **Stammholz-Versteigerung.** Die Gemeinde Grafenhausen (Bezirksamt Erlen- heim) versteigert in ihrem Kiefernwald am Montag den 17. Februar d. J., Morgens 9 Uhr anfangend, 60 Stämme Eichen, zu Holländer- und Kupholz sich eignend, 106 Stämme Eichen von verschiedener Größe, 5 Stämme Kiefer und 11 Stämme Hain- büchen, 6 Stämme Erlen, 5 Aspen, 2 Stämme Weiden, 1 Stamm Apfelbaum, 2 Stämme Kirschenbaum, 2 Stämme Linden, wobei einer ein harter Stamm ist. **Grafenhausen, am 4. Februar 1862. Der Gemeindevath. Schwab.**

3.f.999. Nr. 748. Zessetten. (Schulden- liquidation.) Gegen die Verlassenschaft der Franzö- sisch-Österreichischen Griechen haben wir Cant er- kannt, und zum Schuldensichtigstellungs- und Ver- zugsverfahren Tagfahrt auf Montag den 24. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, angesetzt. Alle diejenigen, welche Ansprüche an die Cantmasse machen wollen, werden hiermit aufgefordert, solche in der angezeigten Tagfahrt, bei Vermeidung des An- schlusses von der Cantmasse, persönlich oder durch ge- hörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzu- melden, und zugleich die etwa geltend zu machenden Vorzugs- oder Unterpfandrechte zu bezeichnen und ihre Beweisurkunden gleichzeitig vorzulegen oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten. In dieser Tagfahrt wird ein Massepfleger und Gläu- bigeranschuh ernannt, auch wird Borg- und Nach- schlagvergleich versucht, und die nichterklärten Gläu- biger sollen in Bezug auf Vorvergleich, Bestellung des Massepflegers und Gläubigeransehusses der Wahr- heit der Erklärungen betheiligbar angesehen werden. Zugleich werden die im Ausland wohnenden Gläu- biger aufgefordert, bis zur Tagfahrt einen hier woh- nenden Gewalthaber anzustellen, widrigenfalls alle wei- teren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der gleichen

geladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. **Ladenburg, den 5. Februar 1862.**

3.f.996. Nr. 1573. Mannheim. (Wartung.) Ein Schein über die Hinterlegung der ba- dischen Rentenscheine Nr. 6120, 6121, 6122 und 6123 à 100 fl. ist dem Eigenthümer abhandelt ge- kommen, und wird behalbs auf seinen Antrag vor dem Erwerb desselben gewarnt. **Mannheim, den 28. Januar 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Gehl. u. s. In dem Hoffmann,**

3.g.21. Nr. 1054. Ladenburg. (Fahndung.) Indem wir unser Fahndungsschreiben vom 29. d. M. gegen **Seppia Menzies** von Schriesheim wiederholen, fügen wir ein Signalment derselben hier unten bei. Signalment: Alter, 28 Jahre; Größe, 5' 3"; Körperbau, stark; Gesicht, lang; Gesichtsfarbe, blaß; Haare, braun; Stirne, niedrig; Augen, braun; Nase, lang; Mund, klein. Bel. Kennzeichen: keine. **Ladenburg, den 5. Februar 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Bender.**

3.g.22. Mannheim. (Aufforderung.) Der Schneider **Philipp Rams** von Weinheim ist der Unterschlagung von 2 Paar Hosen, zum Nach- theil des **Adam Schmidt** von Oberstedenbach, ange- schuldigt. Derselbe wird aufgefordert, binnen 14 Tagen zur Einvernahme dahier zu erscheinen, widri- genfalls nach Lage der Affen erkannt werden wird. **Mannheim, den 5. Februar 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Erter.**

3.g.19. Nr. 433. Rheinböschheim. (We- theilsverbindung.) **J. u. S.** gegen **Gottlieb Näher** von Bieringen hat das dieselbige Amtsge- richt durch Urtheil vom heutigen zu Recht erkannt: **Gottlieb Näher** von Bieringen, Königl. württemb. Oberamt Wiblingen, sei der Ent- wendung einer Tausendthaler, im ungeführten Betrage von 7 fl., zum Nachtheil des Ludwig Lind von Freiffelt, und damit eines Nichtfalls in das Verbrechen des gemeinen Diebstahls schuldig, behalbs zu einer Amtesstrafe von vier Wochen, geschätzt durch acht Tage Hungerlohn und drei Tage Dunkelzelle, sowie zur Ertragung der Kosten des Verfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen. **Dieses Urtheil wird dem künftigen Gottlieb Näher auf diesem Wege verkündet. Rheinböschheim, den 5. Februar 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Eisen.**

3.f.970. Nr. 963. Baden. (Erkenntnis.) Da die **Signum Frisch** von Einzingen der die- selbigen Aufforderung vom 7. Septbr. d. J., Nr. 11456, ungeachtet bis jetzt nicht gestellt hat, so wird derselbe seines Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe verfallt. Zugleich wird das Vermögen des **Signum Frisch** hierdurch mit Beslag belegt. **Baden, den 20. Januar 1862. Großh. bad. Bezirksamt. Sinterjad.**

3.g.15. Nr. 1840. Emmendingen. (Straf- erkenntnis.) Die Konfirmandenpflichtigen: **Wilhelm Kreyer** von Wundingen, **Loos Nr. 5**, **Karl Friedrich Stor** von da, **Loos Nr. 10**, **Karl Friedrich Jenne** von Bödingen, **Loos Nr. 22**, **Augustin Barlen** von da, **Loos Nr. 163**, **Friedrich Erlich** von Dellingen, **Loos Nr. 264**, sind, der die selbigen Aufforderung vom 7. Dezember v. J., Nr. 16386, ungeachtet, nicht erschienen und werden behalbs, unter Verfallung in die Kosten, der Konfirmanden für schuldig erkannt, des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und ein Jeder zu einer Geldstrafe von 800 fl. verurtheilt. **Emmendingen, den 2. Februar 1862. Großh. bad. Oberamt. Kistl.**

3.f.991. Nr. 1261. Baden. (Erledigte Auktionsstelle.) Auf 1. April d. J. ist eine Auktionsstelle mit einem Einkommen von 400 fl. zu belegen. Die Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse alsbald melden. Solchen Auktoren, welche im Fortschreiten bewandert sind, wird der Vorzug gegeben werden. **Baden, den 29. Januar 1862. Großh. bad. Bezirksamt. Kunz.**

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Donnerstag, 6. Febr.

Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Per comptant.	Per 100 P.	Per comptant.	Per 100 P.
Öest. 2500, 1839/98 G.	105 1/2 P.	2500, 1854/59 P.	105 1/2 P.
50, do. 1851, Lat.	69 1/2 P.	1000, Pr. 1858/60 G.	105 1/2 P.
50, do. 1859, Lat.	64 1/2 bez. u. G.	5000, Pr. 1860/61 G.	105 1/2 P.
50, do. 1861, Lat.	80 bez. u. G.	30, Pr. 1861/62 G.	105 1/2 P.
50, do. 1863, Lat.	80 bez. u. G.	Schw. Rthl. 1/2 B. 100 P.	105 1/2 P.
50, Ven. Coup. h. R.	69 1/2 P.	Badische 50-5. 50 P.	105 1/2 P.
50, Nat. Anl. h. R.	67 1/2 bez. u. G.	Kar. 40 Th. L. R.	50 P.
50, Met. Obl.	97 1/2 G.	G. Hess. 50-5. L. 132 G.	105 1/2 P.
50, do. 1852	45 1/2 P.	25-5. L. 37 1/2 G.	105 1/2 P.
50, do. 1853	45 1/2 P.	Nass. 25-5. L. 110	105 1/2 P.
50, do. 1854	45 1/2 P.	Hamb. Th. 100 Th.	105 1/2 P.
50, do. 1855	45 1/2 P.	Schw. Lipp. 25 Th.	105 1/2 P.
50, do. 1856	45 1/2 P.	Sard. Fr. 50h. Rthm.	105 1/2 P.
50, do. 1857	45 1/2 P.	St. Lütt. m. 2 1/2, 1. 15 P. 3 1/2 G.	105 1/2 P.
50, do. 1858	45 1/2 P.	Ver. L. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1859	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1860	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1861	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1862	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1863	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1864	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1865	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1866	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1867	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1868	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1869	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.
50, do. 1870	45 1/2 P.	Amst. 100 P.	105 1/2 P.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Buchdruckerei. (Mit einer Beilage.)